



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

B/IV/26 - 31. Januar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Mehr Vertrauen</u> Nach der Botschaft Kennedys	30
2 - 3	<u>Ben-Gurion bleibt</u> Auswirkungen des Streites um Lavon Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	64
4	<u>Das beste wäre Rücktritt</u> Staatssekretär Glocke und die Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft	44
5 - 6	<u>Unzufriedenheit im Saarland</u> Bundesregierung hat Versprechen nicht gehalten	53
6	<u>Schwer angeschlagen</u> Hilflose SED nach der Hamburger Enthüllungen	26

* * * * *

Mehr Vertrauen!

Nach der Botschaft Kennedys

sp - Präsident Kennedy hat eine harte Rede gehalten. Seine Botschaft an Senat und Kongress gibt der amerikanischen Nation und der Welt rückhaltlos darüber Auskunft, welche Anstrengungen notwendig sind, damit die freie Welt den Konkurrenzkampf mit den totalitären Mächten bestehen kann. Kennedy brauchte auf nichts Rücksicht zu nehmen, brauchte keine taktischen Feinessen anzuwenden, hatte nicht notwendig, irgend etwas zu verschleiern oder zu beschönigen. Seine Botschaft ist als die Bilanz einer acht-jährigen Präsidentschaft unter republikanischer Führung zu werten. Der Westen sollte froh sein, Klarheit über die Ausgangsposition der neuen amerikanischen Politik erhalten zu haben, denn nur so wird es möglich sein, alle Energien zur Entfaltung seiner Kräfte zu vereinigen.

Nur hat man schon am Montagabend in Bonn damit begonnen, gewisse Vorbehalte anzumelden und darauf hinzuweisen, dass Kennedy weder das Deutschlandproblem noch die Berlinfrage erwähnte. Im Unterton schwingt bei Hinweisen darauf ein gewisses Misstrauen gegenüber der amerikanischen Politik mit.

Das haben weder die Vereinigten Staaten, noch Kennedy, der neue Präsident, verdient. Kennedy bekennt sich in seiner Rede zur Verteidigung der Freiheit in der ganzen Welt. Das schliesst Berlin und den freien Teil Deutschlands ein, zumal der neue Präsident in der Ansprache anlässlich seiner Amtsübernahme und in einem persönlichen Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin und sozialdemokratischen Kanzlerkandidat, Willy Brandt, ausdrücklich den Willen der Vereinigten Staaten betont hatte. Berlin als Vorposten der Freiheit gegen jede Gefahr zu verteidigen.

Es ist ein schlechter Stil, wenn ausgerechnet diejenigen, die sich seit Jahren auf die geistige und militärische Bruderschaft mit dem amerikanischen Volk berufen, sofort wankelmütig werden, wenn sie glauben, dass man sie vergisst, weil e i n m a l nicht von ihnen gesprochen wird

Ben-Gurion bleibt

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Tel-Aviv, Ende Januar

Wo immer man in den letzten Wochen in Israel zusammentraf, in Bars, Cafes oder zu Hause gab es nur ein Gesprächsthema: die Lavon Affaire. Die Öffentlichkeit in Israel weiss dabei nicht mehr über die zurückliegenden Einzelheiten der mysteriösen Kommandoaktion, die angeblich den Sturz des damaligen Verteidigungsministers Lavon auslöste, als man im Ausland weiss oder vermutet. Doch jeder spürte, dass es diesmal um mehr ging als nur um einen persönlichen Konflikt zweier starker Männer, dem alten Ministerpräsidenten David Ben-Gurion und dem mächtigen Generalsekretär Pinchas Lavon.

Die Drohung des Regierungschef, zurückzutreten, war diesmal ernst gemeint und man fragte sich besorgt, was und wer dann kommen sollte. Gewiss, es fehlt nicht an hochangesehenen und erfahrenen Persönlichkeiten, die das Steuer des Regierungsschiffes in die Hand nehmen könnten. Doch die Vergangenheit schreckt. Schon einmal, nämlich im Jahre 1954, als Moshe Sharet Ministerpräsident war - zur selben Zeit als Lavon Verteidigungsminister wurde - hatte sich Ben-Gurion in die Einside Sde Boker zurückgezogen, doch wussten alle, dass sein Interesse und seine wirkliche Tätigkeit mehr den Staatsgeschäften als dem Schafhüten galt. Und wer möchte Ministerpräsident sein, mit Ben-Gurion als immer noch mächtigen und kritischen Beobachter in Sde Boker?

Das Hin und Her der Anklagen, Dementis, der permanenten Kommissionen beunruhigte wie nie zuvor Israels Bürger. Noch nie vor es vorgekommen, dass 300 führende Professoren sich in einem Aufruf an Regierung und Öffentlichkeit wandten, den Streit im Interesse des jungen Staates zu beenden. Vielleicht noch eindrucksvoller war ein Schweigemarsch der Studenten in Jerusalem, die stumm und anklagend Transparente mit der Aufschrift trugen: "Unserer Demokratie ist in Gefahr. Hört auf damit!"

Die Telegramme der Botschaften aus dem Ausland taten ein Übriges, um Ben-Gurion zu überzeugen, dass weder der Streit mit Lavon noch ein Rücktritt zum jetzigen Zeitpunkt im Lande oder gar ausserhalb verstanden werden wird. So entschloss er sich, noch einmal, zu bleiben. Der 75 jährige Alte ist immer noch ungebeugt. Und auch

Das Problem des scheinbar beigelegten Konflikts ist damit nicht aus der Welt geschafft. Die Umwandlung des jungen Staates erfordert eine Anpassung auch der sie tragenden Kräfte. Die gesamte Struktur Israels ist historisch bedingt. Die Gründung der Kibbuzim, die Rolle der Genossenschaften und der sozialistischen Partei als führende Kräfte - das alles ist nur aus der Vergangenheit heraus zu erklären. Und diese Vergangenheit war die Mandatszeit vor der Staatsgründung.

Jetzt müssen der Staat und seine Organe darum kämpfen, die Funktionen wieder in die Hand zu bekommen, die ursprünglich von den Genossenschaften wahrgenommen wurden, wie die Verwaltung der Krankenversicherung, der Erschliessung neuer Industrien usw. - Die Histadruth (Gewerkschaft) ist heute ein Staat im Staate und kämpft unter Levons Führung um die Beibehaltung ihrer Rechte. Damit ist das Verhältnis Gewerkschaft-Staat zur Diskussion gestellt. Wenn man weiss, dass die Histadruth auch der grösste Arbeitgeber ist und zur gleichen Zeit die Interessen der Arbeitnehmer verteidigen soll, erkennt man den Konfliktstoff auch wenn es sich hier um eine Staatsgewerkschaft handelt.

Ebenso aber ist damit der Streit um diese grundsätzliche Frage in die stärkste israelische Partei, die MAPAI (Sozialisten) hineingetragen. Denn sowohl in der Regierung wie in der Gewerkschaft stellt sie die führende Kraft dar.

Die kleineren Parteien, die mit der MAPAI zusammen die Regierung bilden, verhalten sich spöttelnd und abwartend. Sie geben sich der optimistischen Hoffnung hin, dass sie von der jetzigen Krise profitieren werden. Das dürfte aber in den nächsten Jahren nicht der Fall sein, da auch die jüngere Generation in der MAPAI wie in der Gewerkschaft durchaus die Schwere des Problems erkennt und gewillt ist, neue Wege zu gehen, um die Kontinuität Israels und seiner erfolgreichen Aufbaupolitik nicht zu gefährden.

Das beste wäre Rücktritt

sp - Das Beste wäre, wenn der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Hans Globke, wegen der in der letzten Zeit gegen ihn erhobenen detaillierten Vorwürfe aus seiner Tätigkeit während des Dritten Reiches sein Amt zur Verfügung stellen würde bis die ganze Angelegenheit von den Staatsanwälten und Gerichten in der Bundesrepublik geklärt worden ist. Man weiss, dass Bundeskanzler Adenauer den Dingen, die im Zusammenhang mit den Massnahmen gegen die Juden erfolgt sind, recht kritisch gegenübersteht und eine Beteiligung Globkes dabei so oder so nicht billigen würde. Globke ist dabei, das Risiko einzugehen, schliesslich auf Wunsch des Kanzlers sein Amt zur Verfügung stellen zu müssen.

Globke täte auch gut daran, statt das Risiko eines Prozesskrieges gegen grosse Illustrierte einzugehen, auf eine Beschleunigung der gegen ihn gerichteten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu drängen. Es war doch wohl von vornherein klar, dass das Landgericht in Wiesbaden es aus mehreren rechtlichen Gründen ablehnen musste, die von Globke gegen eine grosse Illustrierte beantragte einstweilige Verfügung zu erlassen. Schliesslich wird man Veröffentlichungen nicht verbieten können, welche Globke einseitig und andererseits das Zustandekommen der von den Nationalsozialisten gegen die Juden geschaffenen "Würzburger Gesetze" darstellen. Man wird sich nur einmal damit auseinandersetzen müssen, was Globke 1939 getan hat, denn er hat ja als damaliger Oberregierungsrat des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern am 18. Oktober 1939 das "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre", sowie das "Gesetz zum Schutze der Erbesundheit des deutschen Volkes" neben Staatssekretär Stückart richtungweisend kommentiert.

Wenn sich nun schon die Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt auch mit der strafrechtlichen Seite der gegen Globke erhobenen Vorwürfe in diesem Raum auseinandersetzt, so ist es nur ganz folgerichtig, dass sie die damit zusammenhängenden Dokumente auch an sich zieht, um nichts anderes als die reine Wahrheit zu erforschen. Wenn dabei von ostdeutschen Staatsanwälten Akten überreicht werden, so ist es doch nur selbstverständlich, dass die Strafverfolgungsbehörden in Frankfurt diese Akten durch den strengen Filter der Richtigkeit gehen lassen, ehe sie in eine Wertung einsteigen. Auch wenn die Dokumente nicht aus dem Osten angeboten worden wären, man hätte sie aus westlichen Dokumentenzentralen beschaffen müssen, wenn man in eine Würdigung der Haltung Globkes zu den Würzburger Gesetzen gekommen wäre.

Wie gesagt, das beste wäre, Globke würde sein Amt zur Verfügung stellen, damit er die persönliche Politik Adenauers nicht belastet. Staatssekretär Globke würde auch dadurch in den Stand gesetzt werden, sich selbst mit seiner Fall und seiner Tätigkeit im "Dritten Reich" zu befassen, um so der Staatsanwaltschaft in Frankfurt den Ermittlungsauftrag zu erleichtern.

Unzufriedenheit im Saarland

H.M. - In den letzten Tagen und Wochen ist häufig davon gesprochen worden, dass im Saarland dem eindrucksvollen Heimtöbekenntnis der Bevölkerung eine abgrundtiefe "Reue-Welle" gefolgt sei. Ein Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung will kürzlich eine bemerkenswerte Feststellung getroffen haben. Von ihm war einigen tausend Saarländern die Frage vorgelegt worden: "Wenn Sie die Entwicklung hier an der Saar in den letzten Jahren bedenken, würden Sie heute in der Frage eines europäischen Statuts für die Saar mit Ja oder Nein stimmen, oder würden Sie sich der Stimme enthalten?" Es ergab sich folgendes Resultat: nur noch 54 Prozent der Befragten lehnten nach wie vor eine "Europäisierung" des Saarlandes ab. 33 Prozent - also ein Drittel - waren für die damals von Frankreich und dem Bundeskanzler angestrebte Lösung, 20 Prozent enthielten sich einer nachdrücklichen Festlegung ihrer Meinung.

In diesem Zusammenhang wird man vielleicht daran erinnern müssen, dass bei der Volksabstimmung von 1955 sich die Saarländer mit 67 Prozent für ihre politische und wirtschaftliche Wiedereingliederung in das Gebiet der übrigen Bundesrepublik entschieden haben. Nun ist dieser Anteil - zumindest im Ergebnis der erwähnten Umfrage - auf 54 Prozent gesunken. Die französischen Zeitungen nahmen von dieser Entwicklung befreitigt Anstoss und benutzten sie zur nachträglichen Rechtfertigung der von ihnen seit Kriegsende 1945 befürworteten Saarpolitik. Auch einige westdeutsche Zeitungen haben sich solchen Schlussfolgerungen angeschlossen und den Saarländern ein schwindendes Nationalbewusstsein oder sogar die Unheimlichkeit ihrer politischen Haltung bescheinigt.

Wer die saarländischen Verhältnisse und insbesondere die Mentalität der Saarbevölkerung kennt, dem ist ohne weiteres klar: es gibt keine Zweifel an der geschichtlichen, wirtschaftlichen und soziologischen Verbundenheit zwischen der Saar und Deutschland. Zweimal innerhalb von zwei Jahrzehnten hat eine unter internationaler Kontrolle stattfindende Volksabstimmung diese Tatsache klar und eindeutig bezeugt. Eine ähnlich andere Frage aber ist die, ob den Saarländern ihre Rückkehr nach Deutschland materiell in irgendeiner Weise honoriert worden ist.

Rund 50 Prozent der Befragten erklärten dem Meinungsforschungsinstitut, dass es ihnen heute wirtschaftlich schlechter gehe als zum "letzten Tage A". Das erscheint in vollem Umfang glaubwürdig. Zahl-

reiche französischen Sozialleistungen - wie etwa Kindergeld, Frauen-
geld oder steuerbegünstigte Lebensmittelpreise - sind nach der Rück-
kehr ins bundesdeutsche "Wirtschaftswunderland" in Fortfall geraten.
In der Saar - und das ist schon seit längerem bekannt - überwiegen
die Stimmen, die die sozialen Anstrengungen der Bundesregierung als
ungenügend bezeichnen. Zumindest hat man aus eigener Anschauung erfahren,
dass der französische Staat erheblich besser für den Lebensstandard,
den unselbständig Beschäftigten und Einkommensschwachen Gruppen zu sor-
gen weiss. Das ist die Ursache der wachsenden Unzufriedenheit vieler
Saarländer mit der bundesdeutschen Sozialordnung und damit auch der
von ihnen freiwillig gewählten Rückgliederung. Die Bundesregierung hat
dies die "Unantastbarkeit des saarländischen Sozialstandes" feierlich
proklamiert. Viele Saarländer glauben um diese Hoffnung betrogen
worden zu sein, und ihre emotionalen Antipathien richten sich jetzt
nicht gegen Deutschland, sondern gegen die dort herrschenden politischen
Kräfte.

+ + +

Schwer angeschlagen

sp - Volle 24 Stunden hat es gedauert, bis die Herren in Pankow ihr
Schweigen über die auf der Hamburger Konferenz der sozialdemokratischen
Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre gemachten Enthüllungen über die
gegen die Bundesrepublik gerichtete Wählerarbeit der SED gebrochen haben.
Dieser Schlag traf sie völlig unerwartet und sie werden wohl lange Zeit
benötigen, bis sie sich von ihrem Schrecken erholt haben. Wie zu erwarten,
bewirft die SED den Mann, von dem sie glaubte, er wäre ihr Untertan und
der nun mit ihr gebrochen hat, mit den von dieser Seite gewohnten Beschimp-
fungen. Diese Herren bezeichnen sich zwar als "Vertreter der deutschen
Arbeiterklasse", in Wirklichkeit aber folgen sie einem fremden Willen.
Ein Blick auf die Wahlergebnisse seit 1949 müsste ihnen zeigen, wo die
deutschen Arbeitnehmer in ihrer grossen Mehrheit stehen - in den Reihen
der Sozialdemokratie; und wem die Sympathien der Arbeitnehmer in der Zone
gehören, bewies, für die ganze Welt deutlich, der 17. Juni. Die der SPD
gewiss nicht gewogene "Frankfurter Allgemeine" schrieb dieser Tage:

"Die KP hat ihren Hauptfeind immer in der SPD gesehen und dieser
jederzeit das Verderben zu bereiten versucht. Damit erklären sich
auch Wachsamkeit und Misstrauen der SPD gegenüber der neuen Renate-
Riemeck-Partei, der "Friedens-Union"."

Diese Feststellung traf genau ins Schwarze. Die SED wird es in ohr-
schütterlichem Zorn hinnehmen müssen, dass die deutsche Sozialdemokratie als
berufene Vertreterin der deutschen Arbeitnehmer und als getreuer Hüter
des Grundgesetzes mit allen staaterhaltenden Kräften gemeinsam immer in
der Lage sein wird, offene und heimtückische Angriffe auf die freiheit-
liche Grundordnung der Bundesrepublik wirksam abzuwehren. Kein Gekeife
aus Pankow wird sie davon abhalten.

+ + +